



Klaus Dörre, Christine Schickert (Hrsg.)

Neosozialismus

Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus

ISBN 978-3-96238-119-6

216 Seiten, 14,8 x 21cm, 22,00 Euro

oekom verlag, München 2019

©oekom verlag 2019

www.oekom.de

Ökosozialistische Strategien für eine sozial-ökologische Transformation

Postkapitalismus als wachstumskritische Praxis

Ulrich Brand und Christine Schickert

1. Neue emanzipatorische Perspektiven ausloten!

Nach den politisch schwierigen 1990er-Jahren, in denen die These Francis Fukuyamas vom »Ende der Geschichte« und der Ausruf »There is no Alternative!« zu breit akzeptierten Leitbegriffen wurden, kam es in den letzten Jahren zu einer Renaissance von Denken und Handeln, das über die kapitalistischen Verhältnisse hinausweist. Zum einen ist mit der globalisierungskritischen Bewegung ab der Jahrhundertwende ein heterogener Akteur entstanden, der eine radikale Kritik am Kapitalismus mit der Perspektive seiner Überwindung an vielen Orten und in unterschiedlichen Feldern thematisierte. Zum anderen wurden in der Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007/08 und der damit einhergehenden Verarmung vieler Menschen Stimmen lauter, welche Krise und Instabilität der sich immer tiefer in Gesellschaft und Umwelt hineinbohrenden kapitalistischen Wachstums- und Akkumulationsdynamik kritisieren. Die Zeit scheint daher günstig, intensiver über gesellschaftliche Alternativen nachzudenken.

Wir teilen den Anspruch von Klaus Dörre »auszuloten, welche Ideen für eine neosozialistische Perspektive taugen« (Dörre in diesem Band, S. 18), wobei wir den Begriff selbst nicht für zentral halten.¹ Vielmehr wollen wir das Anliegen, tragfähige postkapitalistische Perspektiven zu formulieren, um die unterschiedlichen Dimensionen der Krisenerfahrung zu themati-

¹ Zu unserer Skepsis hinsichtlich der Semantik des Sozialismusbegriffs vgl. Brand 2012; dennoch bedarf es immer wieder der Prüfung.

sieren, in den Vordergrund rücken. Dörre arbeitet seine Thesen zum Neosozialismus insbesondere vor dem Hintergrund der von ihm so benannten »ökologisch-ökonomischen Zangenkrise« (ebd., S. 21) aus.² Er argumentiert, »dass das bis dato wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Krisen – die Generierung von Wirtschaftswachstum – mehr und mehr in ökologische Zerstörung wie auch in sozial destruktives Wachstum umschlägt« (ebd., S. 22). Entsprechend werden »die zivilgesellschaftlichen Legitimationen des auf fossilen Energien basierenden Wachstumstyps zunehmend brüchig« (ebd.).

Die Spezifika der ökologischen Krise bleiben hier unklar (ausführlich jedoch in Dörre 2019a), vor allem aber spielen ökologische Aspekte bei den politischen Vorschlägen, insbesondere bei den fünf »Kernprojekten«, keine systematische Rolle. Sie werden allenfalls angedeutet, wenn es etwa um »den Bruch mit überflüssigem Konsumerismus« ebd., S. 25 geht.

Die Bearbeitung der ökologischen Krise muss jedoch einen zentralen Bestandteil aller postkapitalistischen oder auch neosozialistischen Entwürfe von Alternativen darstellen. Unseres Erachtens existiert ein spannender Diskussionsstrang, der sowohl in der Dörre'schen Argumentation wie auch in gewerkschaftlichen Debatten, die für kapitalismuskritische Perspektiven wichtig sind, weitgehend ignoriert wird, der aber für (neo-)sozialistische Perspektiven, die die ökologische Krise ernst nehmen, wichtige Anregungen bringt: nämlich die jüngeren Debatten um eine »sozial-ökologische Transformation«.

Diese Debatte wird im ersten Teil des Beitrages aufgenommen, insbesondere ihre kritisch-emanzipatorischen Beiträge. Zweitens scheint uns die von Dörre formulierte politische Perspektive wichtig, die sich primär auf zu verändernde – insbesondere zu demokratisierende – Institutionen, die Veränderung vorantreibende Subjekte und entsprechende Prinzipien wie Recht auf gutes Leben und substantielle Gleichheit konzentriert. Unseres Erachtens wird aber die wichtige Bedeutung sich verändernder gesellschaftlicher Gewohnheiten, Selbstverständlichkeiten

2 Zu einem breiteren Verständnis als »multiple Krise«, das den Eigensinn von Krisen wie etwa jenen der politischen Repräsentation oder der Demokratie, aber auch der Geschlechterverhältnisse und der sozialen Reproduktion aufnimmt, vgl. Demirović et al. 2011.

und Vorstellungen (*imaginaries*) unterschätzt. Hier beziehen wir uns unter anderem auf den im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung entwickelten Begriff der »Einstiegsprojekte«. Damit verbunden ist drittens eine genauere Auseinandersetzung mit den konkreten Mechanismen kapitalistisch getriebenen Wachstums und seinen Auswirkungen sinnvoll, die Dörre etwas oberflächlich mit einer angenommenen Notwendigkeit von einem Prozent Wachstum zu rasch übergeht. Vor diesem Hintergrund plädieren wir schließlich für ein eher prozedurales Verständnis ökosozialistischer Strategien, Konflikte und verallgemeinerbarer Entwicklungen – und gegen einen Begriff des »(Neo-)Sozialismus«, der semantisch zu modellhaft und starr ist.³

2. Herrschaftsblinde und emanzipatorische Debatten um »sozial-ökologische Transformation«

Im September 2015 beschloss die UNO-Generalversammlung 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals – SDG*) im Rahmen der Agenda 2030. Der Anspruch ist kein geringer: »Transforming Our World«. Hintergrund dieser Ziele scheint eine Ahnung der globalen politischen Eliten, dass die klassischen Mechanismen des kapitalistischen Weltmarktes und imperialer Politik weniger als in der Vergangenheit funktionieren: nämlich Krisen in ihren negativsten Auswirkungen tendenziell in andere Regionen – und, prominent im Fall des Klimawandels oder Atomstroms, in die Zukunft – zu verschieben, zu externalisieren.⁴

Der weitreichende Anspruch der SDGs ist nur das prominenteste Beispiel von vielen. Sozial-ökologische oder soziale oder Große Transformation – die semantische Anlehnung an Karl Polanyis Beschreibung des Übergangs zum Industriekapitalismus ist nicht zufällig – scheint zum Containerbegriff zu werden. Er stellt ein neues politisch-epistemisches

3 Wir danken Raul Zelik für wertvolle Anregungen.

4 De facto findet die Externalisierung heute in Europa selbst statt, nämlich in den Süden und Osten, während China und viele lateinamerikanische Länder in den ersten Jahren der Wirtschaftskrise nicht so stark von dieser bedroht waren.

Terrain dar und ist gleichzeitig ein Feld des als angemessen erachteten Wissens um Probleme bzw. Krisen, ihre Ursachen und zur Problembearbeitung zuständige Akteure wie auch eines der Ausarbeitung als sinnvoll und zielführend erachteter Strategien (Überblicke in O'Brien 2012; Brie 2014; Nalau & Handmer 2015; Brand 2016). Interessanterweise wird hier selbst von Teilen des Establishments angesichts der ökologischen Krise die Notwendigkeit konstatiert, die bestehenden Verhältnisse ganz grundlegend umzuwälzen.

Trotz vieler Differenzen kann ein Bedeutungskern ausgemacht werden, den Nalau und Handmer (2015, S. 351) herausarbeiten. Sie verstehen Transformation als »fundamentale Veränderung (*shift*), die Werte und Routineverhalten hinterfragt und herausfordert sowie vormalige Perspektiven verändert, die zuvorderst versuchten, Entscheidungen und Entwicklungspfade rationaler zu machen.« Transformation impliziert nicht lineare Veränderungen und keine Priorisierung einer zeitlichen (kurz-, mittel- oder langfristig) oder räumlichen (lokal, national, regional, global) Maßstabebene (Brand & Brunnengräber 2013). Transformation meint also nicht den einen und umfassenden »revolutionären« Bruch (vgl. ähnlich Eversberg 2017, S. 236 ff.).

Die aktuellen Diskussionen um »sozial-ökologische Transformation« scheinen eine ähnliche Funktion zu erfüllen wie ebenjene in den 1990ern um »nachhaltige Entwicklung«: Die ökologische Krise wird in einen breiteren Kontext gestellt, und die politische Zuständigkeit wird über die Fachapparate wie Umweltministerien und nachgelagerte Behörden, spezialisierte Abteilungen in Unternehmen und einschlägige Nichtregierungsorganisationen hinaus deutlich ausgeweitet.

In dieser Konstellation deutet der Transformationsbegriff unter anderem auf Elitendissense hin, die offenbar anerkennen, dass neoliberale Orientierungen in die Irre führen. Damit eröffnet sich ein Fenster, zumindest in Hinblick auf Klimawandel und ökologische Krise, mit Teilen der Eliten über die Notwendigkeit eines radikalen Wandels und über politische Maßnahmen, die über den klimapolitischen Mainstream hinausgehen, zu verhandeln. Der Begriff ermöglicht schließlich, die Grenzen der weiterhin dominanten umweltpolitischen Perspektive einer »ökologischen Modernisierung« des Kapitalismus aufzuzeigen. Diese Perspektive

ist seit einigen Jahren prominent im Begriff der Grünen Ökonomie verdrängt (UNEP 2011; kritisch Brand 2013) und setzt viel Vertrauen in die bestehenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen. Über den Transformationsbegriff gelingt es nun, den Umfang der notwendigen Veränderungen zu verdeutlichen, die mit »ein bisschen mehr Öko« nicht erreichbar sind.

Der Begriff ist auch ein produktiver Stachel für die klassische linke Krisenperspektive, die sich am keynesianischen Wachstums- und Verteilungsparadigma orientiert und andere Dimensionen abwertet. Darüber hinaus eröffnet er die Möglichkeit, klassisches umweltpolitisches Engagement um Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen zu erweitern, indem es ökologische an soziale Gerechtigkeit rückbindet. Aus kapitalismuskritischer und emanzipatorischer Perspektive ist der Begriff deshalb wichtig, weil er auf notwendigen und bereits entstehenden Alternativen insistiert. Insofern, wir führen das noch aus, sind im aktuellen Transformationsbegriff neben analytischen auch politisch-strategische Anliegen aufgehoben. Konsens ist, dass die bestehenden Gesellschaften sich grundlegend ändern müssen. Das ist in Zeiten von Krisen und unvorhersehbaren Dynamiken, von Politiken der Bestands- und Positionssicherung – insbesondere der Eliten, aber etwa auch der Kernbelegschaften in den Hochlohnbranchen – nicht wenig.

Transformation kritisch-emanzipatorisch

Die Diskussion geht mit einer starken Unklarheit einher. Es stellt sich die Frage, was neben dem vagen Bedeutungskern genau mit sozialer, sozial-ökologischer oder Großer Transformation gemeint ist. Wie so oft bei neuen und schillernden Begriffen entsteht die Dynamik des Begriffs gerade durch seine Unschärfe, die eine hohe Anschlussfähigkeit ermöglicht. Viele Akteurinnen und Akteure beziehen sich darauf, versuchen ihre Anliegen unter diese Perspektive zu stellen, auch wenn bei genauem Hinsehen starke Unterschiede und mitunter gar gegenläufige Positionen vertreten werden. Das betrifft etwa die Einschätzung der zentralen und zu bearbeitenden Probleme – in vielen Beiträgen zur Transformationsdebatte werden ökologische Probleme und Krise fokussiert, hingegen die Wirtschafts- und Finanzkrise oder die Krise der Demokratie kaum

oder gar nicht erwähnt. Auch die Einschätzungen der Krisenursachen und -dynamiken in diesem Feld, die Rolle privatkapitalistischer Unternehmen und des Staates, der Produktions- und Lebensweise bei der Verursachung und Bearbeitung der Krise variieren. Einige Ansätze privilegieren Bottom-up-Strategien, während andere die politische Steuerung durch den Staat und internationale politische Institutionen sowie den angeblich bereits stattfindenden Wertewandel in Richtung Nachhaltigkeit, die Rolle der Unternehmen oder den technologischen Wandel ins Zentrum stellen.

Das verweist auf eine konstitutive Spannung, die den meisten Verwendungen des Begriffs inhärent ist. Eine radikale Diagnose, insbesondere in Hinblick auf ökologische Probleme, geht oft mit bescheiden anmutenden Vorstellungen, wie diese Probleme bearbeitet werden sollen, einher. Das ist auf den ersten Blick überraschend, da Einsichten in tief greifende sozial-ökologische Problem- und Krisenlagen ja zu weitgehenden Veränderungsperspektiven, insbesondere was die Beseitigung der Ursachen angeht, führen sollten.

Doch diese Spannung hat einen Grund: Es scheint im Mainstream der Transformationsdebatte eine Art »politisch-strategischen Überhang« zu geben, der die Debatte zwar motiviert, der jedoch Gefahr läuft, die tief verankerten Problem- und Krisenursachen zu unterschätzen (vgl. jüngst Schneidewind 2018). In weiten Teilen der Transformationsdebatte herrscht offenbar die – meist implizite – Einschätzung vor, dass Veränderungen angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse und Institutionen von ebendiesen ausgehen müssen. Das ist nicht falsch, wenngleich politisch unzureichend. Aufgrund spezifischer Verkürzungen läuft die dominante Debatte Gefahr – vielleicht sogar gegen ihr eigenes Anliegen –, allenfalls zur partiellen ökologischen Modernisierung des Kapitalismus beizutragen (kritisch diskutiert als »grüner Kapitalismus«; vgl. Brand & Wissen 2013).

Etwas zugespitzt können die meisten Beiträge zur Transformationsdebatte als radikal in der Diagnose der ökologischen Krise und normativ durchaus auf weitreichende Veränderungen zielend, aber weitgehend macht- und herrschaftsblind und mit einem geringen Verständnis der politökonomischen Krisendynamiken ausgestattet bezeichnet werden (Brand 2016 zum Begriff der »neuen kritischen Orthodoxie«).

Daher schlagen wir im Hinblick auf die Aktualisierung oder Konturierung des Begriffs »(Neo-)Sozialismus« vor, innerhalb der Debatte um »sozial-ökologische Transformation« sich explizit auf kritisch-emanzipatorische Beiträge zu beziehen (Brie 2014, 2015; Bauriedl & Wichterich 2015; Dellheim et al. 2012; Brand 2016; Biesecker & von Winterfeld 2013; Lang et al. 2015; Görg et al. 2017). Sie verbinden beides: eine systematische Analyse herrschender Entwicklungen und der ihnen eigenen Transformationsdynamiken, der Hindernisse für Alternativen, aber auch sich aus Krisen, Widersprüchen und Kämpfen entwickelnde Ansätze für andere, solidarische und nicht zerstörerische Formen der Vergesellschaftung.

Die deutschsprachige kritisch-emanzipatorische Transformationsforschung lehnt sich dabei stark an den von Dieter Klein (2013) vorgeschlagenen Begriff der »doppelten Transformation« an, der in der Tradition von Rosa Luxemburgs »revolutionärer Realpolitik« oder Joachim Hirschs »radikalem Reformismus« (Hirsch 1990; Überblick von Roth 2018) die aktuellen progressiven Reforminitiativen mit einer weitergehenden Transformationsperspektive verbindet.

Als Mitte der 1980er-Jahre das Konzept des »radikalen Reformismus« entwickelt wurde, standen zwei Erfahrungen emanzipativer Politik im Zentrum. Zum einen das schon damals offenkundige Scheitern des Realsozialismus und zum anderen die offensichtlichen Grenzen der Sozialdemokratie. Beiden linken Traditionen war eines gemeinsam: eine grundlegende Transformation der kapitalistischen Gesellschaft über den Staat erreichen zu wollen, sei es qua revolutionärer Übernahme der Staatsmacht oder qua Wahlen und der nachfolgenden Umgestaltung.

Doch eine grundlegende Transformation ist nicht zuvorderst über den Staat zu erreichen. Kapitalistische Klassenherrschaft und die ihr zugrunde liegende Produktionsweise können gar nicht per staatlicher Politik aufgehoben werden, weil der Staat kein neutraler Akteur ist, sondern selbst ein kapitalistischer Klassenstaat, der tendenziell auch rassistische und patriarchale Verhältnisse sowie über das scheinbar unverrückbare Dogma der Wettbewerbsfähigkeit die imperiale Produktions- und Lebensweise absichert.

Der Staat ist, das ist eine wichtige Erfahrung der aktuellen Ungleichzeitigkeiten in Europa und der »sprudelnden Staatseinnahmen« in Län-

dern wie Deutschland oder Österreich mit entsprechendem staatlichen Handlungsspielraum, selbst finanziell und legitimatorisch auf das Gedeihen der kapitalistischen Ökonomie angewiesen.

Transformationsprozesse, so die Einsicht des »radikalen Reformismus«, müssen zunächst gegen die herrschenden Institutionen angestoßen werden, eine postkapitalistische Orientierung wird in vielfältigen »gegenhegemonialen« Kämpfen und Orientierungen begründet. Das impliziert ausdrücklich auch gegenhegemoniale Auseinandersetzungen im Staat und im Parteienspektrum, in Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der breiten Öffentlichkeit. Damit ist keine abstrakte anti-staatliche Perspektive formuliert, sondern Vorbehalte dagegen, im Staat einen zentralen Akteur der Transformation zu sehen.

Bini Adamczak (2018, S. 266 ff.) argumentiert entsprechend, dass ein zentraler Bestandteil radikaler Gesellschaftsveränderungen eine neue, auf Solidarität basierende »Beziehungsweise« ist, um die »atomisierende[] und konkurrierende[] Beziehungsweise des Kapitalismus« abzulösen. Daher ist »Veränderung als Ergebnis pluraler kollektiver Praxis zu verstehen, das heißt weder als Regierung eines zentralistisch verfassten Staatsubjekts noch als voluntaristische Aktion widerständiger Individuen« (Adamczak 2018, S. 256). Das Entweder-oder von Staat und Individuum wird so unterlaufen.

Der Begriff der »doppelten Transformation« plädiert für »zwei ineinandergreifende Prozesse« (Klein 2013). Einer weist über den Kapitalismus hinaus und führt in eine solidarische und ökologisch nachhaltige Produktions- und Lebensweise, die Klein »demokratischer grüner Sozialismus« nennt. Die andere Seite der Transformation erkennt realpolitisch an: Unter den gegebenen Bedingungen scheinen Bündnisse dringend erforderlich, die der kapitalistischen Entwicklung eine andere Richtung geben. Der breit diskutierte *Green New Deal* ist nach Klein demnach ein realpolitisches Szenario eines sozial und ökologisch regulierten postneoliberalen Kapitalismus.⁵

5 In der aktuellen US-amerikanischen Debatte, angestoßen von den »Demokratischen Sozialisten« innerhalb der Demokratischen Partei, wird der Begriff *Green New Deal* deutlich radikaler gefüllt und würde, so umgesetzt, über einen Grünen Kapitalismus hinausführen.

3. Postkapitalistische Gewohnheiten, Selbstverständlichkeiten, Vorstellungswelten

Die gerade skizzierten Überlegungen schließen an Klaus Dörres Diagnose (2019, S. 25) an, dass es in der Tat eine sich ausbreitende Kritik am »immer mehr und nie genug!« sowie durchaus Ansprüche auf Gleichheit gebe. Trotz des konstatierten kulturellen Unbehagens scheinen uns seine fünf Kernprojekte zu sehr in einer Logik von großen transformatorischen Strategien verhaftet. Ergänzend dazu sollten unseres Erachtens kapitalismuskritische und postkapitalistische Strategien die Dimension des Alltäglichen – inklusive der betrieblichen und Erwerbsarbeitsebene – stärker berücksichtigen, nämlich jene eingübter bzw. sich verändernder Gewohnheiten.

Emanzipatorische sozial-ökologische Transformation im Sinne eines radikalen Reformismus oder einer doppelten Transformation bedeutet eben auch teilweise unspektakuläre Veränderungen der Produktions- und Lebensweise. Das ist beispielsweise der Fall, wenn vor allem jüngere Menschen und insbesondere in Städten Autofahren uncool finden, wenn weniger und nur sozial wie ökologisch produziertes oder gar kein Fleisch mehr gegessen wird, wenn nicht mehr selbstverständlich auf das Flugzeug als Transportmittel für mittelgroße Distanzen zurückgegriffen wird.

Lutz Brangsch (2014, S. 371) argumentiert in diesem Zusammenhang, dass sich in der sozialistisch orientierten Arbeiter(innen)bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine folgenreiche Verschiebung ergeben habe, nämlich eine Auflösung der bei Marx noch als selbstverständlich unterstellten Einheit großer und kleiner Veränderungsprozesse (für eine aktuelle Theoretisierung des Zusammenhangs vgl. Wright 2017). Letztere wurden zunehmend missachtet, sowohl in den kommunistischen wie sozialdemokratischen Strömungen, und damit in »der alltäglichen Praxis auf taktische Aspekte und die Arbeit in ›Vorfeldorganisationen« reduziert. Das Handeln der Individuen wurde ab-, das der »Apparate« aufgewertet.

Dem stellt Brangsch den Begriff der »Einstiegsprojekte« zur Seite, zu dem es mehrere umfassende empirische Untersuchungen gibt. Der Begriff beschreibt, dass Menschen sich meist um konkrete Probleme, Kon-

flikte und Interessen herum engagieren. Solche Projekte können erfolgreich sein,

»wenn sie ungelöste Widersprüche und Probleme zum Ausdruck bringen, die die Interessen wichtiger sozialer Gruppen betreffen. Sie können sich als Beginn wesentlicher Veränderungsprozesse erweisen, wenn sie für diese Kräfte in absehbaren Zeiträumen positive Veränderungen versprechen, wenn sie also machbar sind und deshalb mobilisierend wirken.« (Klein 2013, S. 196 f.)

Ähnlich argumentiert Friederike Habermann (2009) mit dem Begriff »Halbinseln gegen den Strom«. Das Neue entsteht eben nicht zentral aus großen Strategien, sondern oft ganz praktisch und an Alltagsproblemen ansetzend. Eine Utopie wird realistisch als »sinnvolle Möglichkeit« und nicht als »Bild eines gesonderten Sektors, wo jenseits des Normalen etwas Neues geschieht« (Brangsch 2014, S. 372). Einstiegsprojekte

»sind politische Handlungsstrategien, die im Rahmen der gegebenen Grundqualität gesellschaftlicher Verhältnisse auf die Entwicklung von *anderem* gerichtet sind und dieses auch *sichtbar* machen. Sie vermitteln zwischen transformatorischen Praxen und bewusst politischem, gesellschafts- und machtvörderndem Handeln.« (ebd., S. 376)

Beispiele hierfür kommen aus den Bereichen solidarischer Ökonomie, Selbsthilfe, sozialen Protesten, Initiativen für Rekommunalisierung, Kampagnen in den Bereichen ÖPNV, Energieautarkie oder Bildung. Sie tragen dazu bei, hier und heute Bedingungen für grundlegende Transformationsprozesse in eine ganz andere, postkapitalistische Gesellschaft zu schaffen. Es geht mitunter um die Infragestellung bisher selbstverständlicher Akteure und ihrer Strategien, um Widerstand und Wiederaneignung, um die »bewusste Schaffung neuer Möglichkeitsfelder« (ebd., S. 377). Entscheidend scheint die keineswegs beliebig gemeinte Anerkennung, dass es sich um durchaus kontingente – und nicht immer erfolgreiche – Suchprozesse handelt; das wiederum »erfordert die Absage an die Vorstellung einer linearen Verbindung von Ziel, Mittel und Resultat« (ebd.).

Das Zusammenspiel von gesellschaftlicher und eigener Veränderung ist nun nicht neu und wurde bereits von Marx in der 3. Feuerbachthese prominent formuliert: »Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergisst, dass die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muss.« (Marx 1969 [1845], S. 5) Aber es wird interessanterweise immer wieder vergessen, so auch unseres Erachtens in den Thesen zum Neosozialismus. Einstiegsprojekte betonen demgegenüber die kulturelle Dimension von Transformation, nämlich jene der Lebensweisen, von konkreter Handlungsfähigkeit und den vielfältigen Initiativen, die eigenen Existenzbedingungen (mit) zu gestalten. Allerdings besteht auch bei ihnen die Gefahr, sie zu wenig mit den bestehenden Machtverhältnissen ins Verhältnis zu setzen und damit systematisch nach den Möglichkeiten ihrer gesellschaftlichen Durchsetzung und Verstetigung zu fragen.

Doch um den Einstiegsprojekten eine Richtung zu geben, bedarf es auch einer überzeugenden, an Erfahrungen und Wünsche anknüpfenden und attraktiven Erzählung, anhand derer Erfahrungen verarbeitet und Handeln orientiert werden können. Dem bereits zitierten Dieter Klein geht es angesichts konkurrierender gesellschaftspolitischer Projekte und fragmentierter linker Debatten und Strategien darum, einen gemeinsamen Rahmen für emanzipatorisches politisches Handeln zu entwickeln, der nicht starr ist, sondern sich entlang von Leitideen auf unterschiedliche Erfahrungen bezieht und ebendiese sich selbst in einen umfassenderen Kontext stellen lässt. Diese Leitideen – den »Kernprojekten« von Klaus Dörre nicht unähnlich – sind die Umverteilung von Lebenschancen und Macht, der sozial-ökologische Umbau, die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie umfassende Solidarität und Friedenssicherung.

Klein argumentiert, dass für die Linke grundsätzliche Kritik und politische Initiativen wichtig blieben. Doch es fehle eben oft der innere Zusammenhang, eine lebendige Erzählung von unten gegen die mit vielen Ressourcen verbreiteten Durchhalteparolen der Herrschenden. Notwendig sei es, einen

»kühnen Bogen zwischen den elementarsten Vorwärts-Bedürfnissen, die im Gegenwärtigen schlummern, und der Vision von Wegen und

Zielen ihrer Verwirklichung zu schlagen. ... Aufzuspüren, welche Lebensfragen im Dasein der Menschheit zu Antworten drängen und geahnte Antworten dem Unausgesprochenen zu entreißen ...« (Klein 2013, S. 61 f.)

Die sich selbst befreienden Menschen benötigen für ihre Selbstentfaltung und die entsprechenden gesellschaftlichen Bedingungen eine faszinierende zentrale Idee, welche die zentrale Wahrheit der kapitalistischen Gesellschaft, den Profit, überwindet. Diese offene Erzählung ermöglicht »die Orientierung aller einzelnen Transformationsschritte und -projekte an sozial gleichen Bedingungen für die freie Persönlichkeitsentfaltung aller« (ebd., S. 66). Aktuell sehen wir beim Begriff des (Neo-)Sozialismus diese orientierende Kraft für die vielfältigen sozialen Kämpfe »von unten« nicht.

Eine wie auch immer bezeichnete Debatte um radikale Alternativen sollte dabei eine aus unserer Sicht zentrale und attraktive Perspektive der Transformationsdebatte nicht unterschlagen. Konkret erlebbar werden aktuelle und mögliche Veränderungen in den – in der Sprache der Sozialen und Politischen Ökologie – vielfältigen gesellschaftlichen »Versorgungsfeldern«: Ernährung, Kleidung, Wohnen, Mobilität, Kommunikation etc. Und hier gibt es jede Menge Initiativen und Vorschläge, die zu einer Erzählung werden: so etwa als »Ernährungssouveränität«, »Energiedemokratie«, »Recht auf Stadt«, »Solidarische Mobilität«, um nur ein paar aktuelle Leitbilder und ihre vielfältigen Konkretisierungen aufzurufen. In den gewerkschaftlichen Debatten ist es etwa der Begriff des »gerechten Strukturwandels« (*just transition*).

Solche Begriffe, die andere Vorstellungswelten (*imaginaries*) ermöglichen, sollten Erfahrungen verdichten, Widersprüche in einen größeren Kontext stellen und als Begriffe durchaus wieder die Erfahrungen anleiten. Das »sozialistische« Moment dieser Debatten und Auseinandersetzungen könnte darin bestehen, die Frage der gesellschaftlichen Verallgemeinerung zu stellen und so nicht in Nischen zu verbleiben. Damit sind wir bei den »klassischen« Fragen von Staat und privatkapitalistischen Akteuren, der Verfügung über die Produktionsmittel und Investitionen, den damit verbundenen Kräfteverhältnisse, von gesellschaftlichen Regeln

und Normen. Aber sie werden nicht gegen die kleinteiligen Auseinandersetzungen ausgespielt.

4. Degrowth bzw. Postwachstum und ökosozialistische Strategien

Die meisten Strategien zur Krisenüberwindung sind eher klassisch daran orientiert, wie kapitalistisches Wachstum wieder dynamisiert werden kann. Eine wichtige Erfahrung diesbezüglich war in Deutschland die Abwrackprämie von 2009 (euphemistisch als »Umweltprämie« bezeichnet). Die damalige Krise hätte die Chance sozial-ökologischen Umsteuerns eröffnet, aber es wurde im Gegenteil die Automobilindustrie gestützt. Die zerstörerischen Folgen einer auf kapitalistische Wachstumszwänge ausgegerichteten Politik können jedoch immer weniger negiert werden, und insbesondere die ökologischen Implikationen der dominanten Produktions- und Lebensweise treten immer deutlicher zutage.

Daher ist eine pointierte Positionierung zu den real existierenden »Postwachstumsgesellschaften« (Klaus Dörre verwendet den Begriff beschreibend) und zum politischen Projekt einer Befreiung aus den kapitalistischen Wachstumszwängen wichtig. Die Jenaer DFG-Kollegforscher_innengruppe hat hierzu wichtige Arbeiten vorgelegt.

Auf den ersten Blick verwundert daher, dass sich Klaus Dörre als einer der Initiatoren und Köpfe der Kollegforscher_innengruppe einem Vorschlag anschließt, der eine Orientierung am jährlichen Wirtschaftswachstum in den Ländern des globalen Nordens von einem Prozent fordert (vgl. detailliert Randers & Maxton 2016) und die Degrowth-Perspektive dafür kritisiert, dass sie eine Art »ökologischer Austerität« propagiere (Dörre & Becker 2018, S. 49).

Das ist unseres Erachtens ein Missverständnis. Degrowth als Horizont gesellschaftlicher Transformation anzustreben bedeutet nicht, ökonomische Krisen zu begrüßen und politisch zufrieden zu sein, wenn die industrielle Produktion untergeht. Degrowth ist kein Synonym für Krise, sondern ein Prozess hin zu anderen Produktions- und Lebensweisen und entsprechenden Vorstellungswelten: sozial und ökologisch nachhaltig, fair und solidarisch (Kallis 2011; Pineault 2018). Stephan Lorenz (2014,

S. 72) fasst Degrowth als »Suchbewegungen nach alternativen Lebensentwürfen und neuen Wohlstandsmodellen, die sicher mit weniger Dingen auskommen, aber vor allem andere Beziehungen zu ihnen entwickeln. Das bloße Weniger ist hier keineswegs letzter Sinn und Zweck.« Es geht um eine grundlegend andere Gesellschaft, nicht um ein Weniger der bestehenden.

Die Degrowth-Perspektive plädiert deshalb nicht für ökologische Austerität, sondern sie »problematisiert im Kern die technologisch und institutionell gestützte Eskalationslogik der Gesellschaften des globalen Nordens« (Eversberg 2017, S. 232). Die Stärke der Degrowth-Perspektive bzw. jene der wissenschaftlichen Disziplin der Politischen Ökologie liegt darin, den Zusammenhang sozialer Formen, die weitgehend kapitalistisch strukturiert sind, und biophysischen Materialitäten genauer zu ergründen. Der Kern der ökologischen Krise liegt demzufolge in der kapitalistisch angetriebenen Inwertsetzung und Kommodifizierung von Natur. Oder wie Alex Demirović (2012) im Zusammenhang der Debatten um einen »grünen Sozialismus« betont: »Mit Wachstum messen die Kapitaleigentümer nicht den stofflichen Reichtum oder den Wohlstand an Zeit, Bildung oder Gesundheit der Einzelnen, ihr Glück und ihre Zufriedenheit, sondern den durchschnittlichen Zuwachs an möglichem Gewinn.«

Es geht daher bei einer »neosozialistischen« oder besser »ökosozialistischen« (um die Zentralität der ökologischen Dimension auch begrifflich aufzunehmen) Strategie weniger um ein quantitatives Wachstum, um vermeintliche Innovationsfähigkeit zu erhalten. Im Kern steht ein qualitativer sozial-ökologischer Umbau der Produktions- und Lebensweise, der sich der kapitalistischen Wachstumsimperative entledigen muss.

Zudem: Auch ein ausgeweiteter und sozial-ökologisch orientierter öffentlicher Sektor bedeutet mittelfristig weniger Wachstum, weil die Ansprüche auf Profite bzw. Aufteilung des Mehrwerts an die Kapitaleigner entfallen. Ein anderes Beispiel: Die Befreiung von Automobilität und Senkung der »erzwungenen« Mobilität durch einen entsprechenden Umstieg auf (sehr viel besser ausgebauten) öffentlichen Verkehr oder geteilte Nutzung führt anfangs zu hohen Investitionen, wird mittelfristig aber zu weniger in Geld gemessenem Wachstum führen. Auch ein Ausstieg aus industrieller Landwirtschaft ist mittelfristig deutlich wachstumsre-

duzierend. Die Zunahme an Eigenarbeit ist ebenfalls nicht wachstums- wirksam.

Eine elaborierte Wachstumskritik kommt auch rasch zu Fragen der Verfügung über Produktionsmittel und Eigentum sowie über die Gestaltung der Investitionsfunktion. So wird auch in den Diskussionen über einen »grünen Sozialismus« argumentiert:

»Perspektivisch ist eine schrittweise Sozialisierung der Investitionsfunktion notwendig – übrigens eine alte Keynes'sche Position: Wer entscheidet über den Einsatz der (etwa ökologischen) Ressourcen in der Gesellschaft und darüber, welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind? Der Markt hat sich als vermeintlich effizientester Allokationsmechanismus für Investitionen blamiert.« (Candeias 2012)

Und schließlich zeigen auch Erfahrungen in Ländern des globalen Südens, dass es einen Unterschied macht, ob »Entwicklungschancen« (Dörre 2019, S. 22) als kapitalistisch getriebenes Wachstum genutzt werden, etwa über die Ausweitung von Palmölplantagen in Indonesien, die meist mit der Vertreibung von Kleinbäuer(inne)n und Zerstörung von Primärwald einhergeht. Auch die Intensivierung der Förderung mineralischer und fossiler Rohstoffe bedeutet formal Wachstum (was neben den Mengen wiederum am Weltmarktpreis hängt), doch nicht unbedingt eine Verbesserung der Lebenschancen und -bedingungen für breite Bevölkerungsteile.

Kurzum: Sozialistische Strategien auf der Höhe der Zeit bzw. eine emanzipatorische sozial-ökologische Transformation entwickeln bzw. unterstützen vielfältige Ansätze qualitativer Veränderungen der Produktions- und Lebensweise. Fragen des Wirtschaftswachstums sind dahingehend relevant, dass der kapitalistische Wachstumsimperativ und die ihn stützenden an Profit interessierten Kräfte geschwächt werden müssen. Dass politische Eliten genauso wie Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen unter den aktuellen Bedingungen durchaus Interesse an einer gedeihlichen kapitalistischen Ökonomie haben, gilt es eher zu problematisieren als zu affirmieren. Aber: Längst sind Anschlüsse an gewerkschaftliche Diskussionen und an Erfahrungen und Interessen von Beschäftigten entstanden, die zu gemeinsamen Anliegen ausgebaut werden

können und sollten: Unter dem Begriff des »gutes Lebens«, der auch in Gewerkschaftskampagnen auf Resonanz stößt, lassen sich etwa die Forderung nach mehr freier Zeit statt nach mehr Lohn oder nach einer umfassenden Arbeitspolitik genauso politisieren wie die Erfahrungen zunehmender Arbeitsverdichtung. Anknüpfungspunkte gibt es auch bei den noch schwachen, aber dennoch geführten Debatten um Wirtschaftsdemokratie.

5. Ausblick: Für ein prozedurales und internationalistisches Verständnis sozialistischer Strategien

Im Unterschied zu Hubertus Buchstein (in diesem Band) halten wir den Sozialismusbegriff nicht für verstaubt. Wir sind aber skeptisch, ob er als -ismus nicht zu groß ist, zu modellhaft, zu sehr mit einer Semantik des top down versehen, weil das die zentrale Erfahrung des historischen bürokratischen Sozialismus war. Von daher plädieren wir für eine prozeduralere Herangehensweise, also für das Adjektiv *ökosozialistisch*. Damit kann das strategische Moment betont werden.

Entscheidend scheint uns für künftige Diskussionen und konkretes Handeln, dass der Sozialismusbegriff dezidiert internationalistisch wird, also die weitgehend »normalisierte« Voraussetzungshaftigkeit der Produktions- und Lebensweise sichtbar und politisierbar macht. Bisher werden postkapitalistische bzw. (neo-)sozialistische Veränderungen – so auch der verdienstvolle Aufschlag von Klaus Dörre – zumindest implizit auf der nationalstaatlichen Ebene imaginiert.

Es muss aber auch die Tatsache gesehen werden, dass es aktuell keine Mehrheiten für (öko-)sozialistische Optionen gibt, dass die »imperiale Lebensweise« (Brand & Wissen 2017) tendenziell explizit von der politischen Rechten oder eher implizit von einem Großteil der Linken verteidigt wird. Die oben skizzierte emanzipatorische Wachstumskritik wird bislang kaum mit sozialistischen Projekten verbunden. Daher lohnt der Rückgriff auf die radikal-reformerische Einsicht, dass emanzipatorische Veränderungen eher von den gesellschaftlichen Rändern und experimentell angestoßen werden und dann ggf. um gesellschaftliche Verallgemeinerung ringen.

Aber das Verlangen nach Veränderung ist weithin erkennbar: Wir sehen heute nicht nur eine zunehmende Problematisierung und auch Veränderung von Alltagspraktiken, sondern gleichzeitig ihre wachsende Politisierung. Sie umfassen Fragen des persönlichen Konsums genauso wie das Verhältnis von Arbeits- und freier Zeit, eine andere Mobilität genauso wie bezahlbaren Wohnraum und die soziale Durchmischung der Städte. An »Einstiegsprojekten« scheint es aktuell nicht zu mangeln. Wenn es dazu gelingt, diese Initiativen und Auseinandersetzungen intensiver miteinander zu verbinden, ihre Strategiefähigkeit zu verbessern, verstärkt gemeinsame Interessen zu identifizieren, um breitere Allianzen (z. B. zu gewerkschaftlich oder parteipolitisch Aktiven) zu knüpfen und sich zeigende Elitendissense gekonnt zunutze zu machen, kann die imperiale Produktions- und Lebensweise Schritt für Schritt aufgebrochen werden.

LITERATUR

- Adamczak, B. (2018): *Beziehungsweise Revolution – 1917, 1968 und kommende*, Frankfurt am Main.
- Bauriedl, S.; Wichterich, C. (2015): *Ökonomisierung von Natur, Raum, Körper. Feministische Perspektiven auf sozial-ökologische Transformationen*, Berlin.
- Biesecker, A.; von Winterfeld, U. (2013): *Alte Rationalitätsmuster und neue Beharrlichkeiten. Impulse zu blinden Flecken der Transformationsdebatte*, in: *GAIA* 22(3), S. 160–165.
- Brand, U. (2012): *Semantiken radikaler Transformation*, in: *LuXemburg* 13/2012 [<https://www.zeitschrift-luxemburg.de/semantiken-radikaler-transformation/>; 22.02.2019].
- Brand, U. (2013): *Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy*, 3. Auflage, Berlin.
- Brand, U. (2016): »Transformation« as New Critical Orthodoxy. The Strategic Use of the Term »Transformation« Does Not Prevent Multiple Crisis, in: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 25(1), S. 23–27.
- Brand, U.; Brunnengräber, A. (2013): *Debating transformation in multiple crises*, in: *World Social Science Report 2013. Changing global environments*, OECD Publishing & UNESCO Publishing, S. 479–484.
- Brand, U.; Wissen, M. (2013): *Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus: zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen*, in: Atzmüller, R., et al. (Hrsg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster, S. 132–148.

- Brand, U.; Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München.
- Brangsch, L. (2014): Transformationsprozesse und ihre Politisierung in Einstiegsprojekten, in: Brie, M. (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, S. 368–391.
- Brie, M. (Hrsg.) (2014): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster.
- Brie, M. (Hrsg.) (2015): Lasst uns über Alternativen reden. Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 3, Hamburg.
- Candeias, M. (2012): Was ist sozialistisch am grünen Sozialismus?, in: LuXemburg 13/2012 [<https://www.zeitschrift-luxemburg.de/was-ist-sozialistisch-am-grunen-sozialismus/>; 22. 02. 2019].
- Dellheim, J.; Brangsch, L.; Spangenberg, J.; Wolf, F. O. (2012): Den Krisen entkommen. Sozial-ökologische Transformation. Reihe Manuskripte Nr. 99, Berlin.
- Demirović, A. (2012): Marx Grün. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisieren, in: LuXemburg, 3/2012, S. 60–70.
- Demirović, A.; Dück, J.; Becker, F.; Bader, P. (Hrsg.) (2011): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg.
- Dörre, K. (2019): Neosozialismus. oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion, in: Dörre, K.; Schickert, C. (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus, München.
- Dörre, K. (2019a): Karl Marx als Ökosozialist. Emanzipatorische Politik in der Großen Transformation, in: Mayer-Ahuja, N., et al. (Hrsg.): Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften? Hamburg: VSA, S. 63–88.
- Dörre, K.; Becker, K. (2018): Nach dem raschen Wachstum: Doppelkrise und große Transformation, in: Schröder, L.; Urban, H.-J. (Hrsg.), Gute Arbeit Ausgabe 2018: Ökologie der Arbeit – Impulse für einen nachhaltigen Umbau, Frankfurt am Main.
- Eversberg, D. (2017): Nach der Revolution. Degrowth und die Ontologie der Abwicklung, in: Birkner, M.; Seibert, T. (Hrsg.): Kritik und Aktualität der Revolution, Wien, S. 231–252.
- Görg, C., et al. (2017): Challenges for Social-Ecological Transformations: Contributions from Social and Political Ecology, in: Sustainability 9(7), S. 1045.
- Habermann, F. (2009): Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag, Königstein.
- Hirsch, J. (1990): Kapitalismus ohne Alternative?, Hamburg.
- Kallis, G. (2011): In defense of degrowth, in: Ecological Economics 70, S. 873–880.

- Klein, D. (2013): *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*, Hamburg.
- Lang, M.; Cevallos, B.; López, C. (Hrsg.) (2015): *Cómo transformar? Instituciones y cambio social en América Latina y Europa*, Quíto.
- Lorenz, S. (2014): *Mehr oder weniger? Zur Soziologie ökologischer Wachstumskritik und nachhaltiger Entwicklung*, Bielefeld.
- Marx, K. (1969 [1845]): *Thesen über Feuerbach*. In: *Marx-Engels-Werke*, Band 3, Berlin: Dietz-Verlag, S. 5–7.
- Nalau, J.; Handmer, J. (2015): *When is transformation a viable policy alternative?*, in: *Environmental Science & Policy* 54, S. 349–356.
- O'Brien, K. (2012): *Global environmental change II. From adaptation to deliberate transformation*, in: *Progress in Human Geography* 36(5), S. 667–676.
- Pineault, É. (2018): *From Provocation to Challenge: Degrowth, Capitalism and the Prospect of »Socialism without Growth«*. A Commentary on Giorgos Kallis, in: *Capitalism Nature Socialism* [<https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/10455752.2018.1457064?journalCode=rcns20>; 20. 02. 2019].
- Randers, J.; Maxton, G. (2016): *Ein Prozent ist genug. Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen*, München.
- Roth, R. (2018): *Radikaler Reformismus. Geschichte und Aktualität einer politischen Denkfigur*, in: Brand, U.; Görg, C. (Hrsg.): *Zur Aktualität der Staatsform: Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch*, Baden-Baden, S. 219–240.
- Schneidewind, U. (2018): *Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels*, Frankfurt am Main.
- UNEP (2011): *Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication*, Paris/Nairobi.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung *Globale Umweltveränderungen* (2011): *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin.
- Wright, E. O. (2017): *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*, Berlin.

